

**Schriften zum Strafrecht**

---

**Band 445**

# **Strafrecht und Menschenwürde**

**Dogmatik und Funktion des Art. 1 Abs. 1 GG  
im Rahmen von Extremsituationen und Extremsanktionen**

**Von**

**Franz-Xaver Lehmeyer**



**Duncker & Humblot · Berlin**

FRANZ-XAVER LEHMEYER

## Strafrecht und Menschenwürde

Schriften zum Strafrecht

Band 445

# Strafrecht und Menschenwürde

Dogmatik und Funktion des Art. 1 Abs. 1 GG  
im Rahmen von Extremsituationen und Extremsanktionen

Von

Franz-Xaver Lehmeyer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München  
hat diese Arbeit im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimplar  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0558-9126  
ISBN 978-3-428-19497-1 (Print)  
ISBN 978-3-428-59497-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Sommersemester 2024 als Dissertation angenommen. Ausgewählte Literatur und Rechtsprechung wurden bis Januar 2025 berücksichtigt.

Mein Dank gilt Herrn Prof. Dr. Frank Saliger für die Betreuung der Arbeit. Ebenso danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Helmut Satzger für die schnelle Erstellung des Zweitgutachtens und vor allem für die Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl. Ihm sowie dem Lehrstuhlteam verdanke ich, einen neuen Zugang zu wissenschaftlichem Arbeiten gefunden zu haben.

Abschließend gebührt der größte Dank meinen Eltern, die mir bei allen kleinen wie großen Entscheidungen immer freie Hand ließen und mich bei allen sich daraus ergebenden Herausforderungen unterstützten. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

München, im März 2025

*Franz-Xaver Lehmeyer*





# Inhaltsübersicht

## Teil 1

<b>Problemexposition</b>	23
A. Die Menschenwürde als Rechtsbegriff	23
B. Das Tabu im (Straf-)Recht	27
C. Weg und Ziel der Untersuchung	31

## Teil 2

<b>Analyse von Extremsituationen und Extremsanktionen – Einfallstore für die Menschenwürde in der Strafrechtsdogmatik</b>	33
---	----

### Kapitel 1

<b>Der Abschuss gekapeter Flugzeuge – Rettungstötung</b>	33
A. Hinführung und Konfliktpotential	33
B. Die Regelung des LuftSiG im Problemfeld der Rettungstötungen	35
C. Der Aufopferungsgedanke als Vorstufe einer Abwägung	45
D. Grundlagen des Abwägungsverbots – Das Leben als Höchstwert	63
E. Das Urteil des BVerfG zum LuftSiG – Konsequenz für das Strafrecht	77
F. Strafrechtliche Reformulierung des <i>Menschenwürdearguments</i>	80
G. Bestandskraft des Menschenwürdearguments in der Extremsituation 9/11	114
H. Ergebnis der Analyse der Extremsituation der Rettungstötung	134

### Kapitel 2

<b>Die Aussageerzwingung zur Lebensbewahrung – Rettungsfolter</b>	136
A. Hinführung und Konfliktpotential – Eine neue Folterdebatte	136
B. Dimensionen des Szenarios	138
C. Grundlagen des Folterverbots	143
D. Die Strafbarkeit der staatlichen Rettungsfolter – Reformulierung des Menschenwürdearguments	165
E. Die Strafbarkeit privater Folterhandlungen	210
F. Ergebnis der Analyse der Extremsituation der Rettungsfolter	217

## Kapitel 3

<b>Die lebenslange Freiheitsstrafe – Strafe im Angesicht der Menschenwürde</b>	219
A. Hinführung und Konfliktpotential	219
B. Die Abschaffung der Todesstrafe als Extremsanktion – Einordnung des Menschenwürdearguments	220
C. Das Urteil des BVerfG zur lebenslangen Freiheitsstrafe als Ausgangspunkt	226
D. Absolutheit der Strafandrohung	238
E. Lange Haftdauer und Unbestimmtheit – Lebenslange Freiheitsstrafe als Vernichtungsstrafe	278
F. Ergebnis der Analyse der Extremsanktionen	302

## Teil 3

<b>Synthese der Grenzbereiche des Rechts – Funktionen der Menschenwürde im Strafrecht</b>	304
A. Funktion der Menschenwürde bei der Begründung von Strafe	304
B. Funktion der Menschenwürde im dreistufigen Deliktsaufbau	310
C. Funktion der Menschenwürde bei der Begrenzung von Strafe	342
D. Ausblick: Punitivität und Humanisierung des Sanktionensystems	353

## Teil 4

<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	356
<b>Literaturverzeichnis</b>	362
<b>Stichwortverzeichnis</b>	394

# Inhaltsverzeichnis

## *Teil 1*

<b>Problemexposition</b>	23
A. Die Menschenwürde als Rechtsbegriff	23
B. Das Tabu im (Straf-)Recht	27
C. Weg und Ziel der Untersuchung	31

## *Teil 2*

<b>Analyse von Extremsituationen und Extremsanktionen – Einfallstore für die Menschenwürde in der Strafrechtsdogmatik</b>	33
---	----

## Kapitel 1

<b>Der Abschuss gekaperter Flugzeuge – Rettungstötung</b>	33
A. Hinführung und Konfliktpotential	33
B. Die Regelung des LuftSiG im Problemfeld der Rettungstötungen	35
I. Beschreibung des Szenarios	36
II. Eingrenzung und Klärung der Begrifflichkeiten	38
1. Gefahrgemeinschaft versus Gefahrengemeinschaft	39
2. Symmetrie versus Asymmetrie	41
3. Egoismus versus Altruismus	43
C. Der Aufopferungsgedanke als Vorstufe einer Abwägung	45
I. Theorien zur Aufopferung des Einzelnen	45
1. Aufopferung für ein staatliches Gemeinwohl	46
2. Mitverantwortung und Fairness als Begründungsmodelle	47
3. Vertragstheoretisches Modell	50
a) Abstrakte Formulierung	51
b) Konkrete Überprüfung	53
c) Übertragung auf den Flugzeugabschuss und Menschenwürdebezug	54
II. Neo-kontraktualistisches Verständnis des rechtfertigenden Notstands	55
1. Intrapersonale Interessenabwägung	56
2. Angemessenheit	57
3. Einordnung des Gedankenmodells und Menschenwürdebezug	58

III. Grenzen von Hilfeleistung und Aufopferung .....	60
D. Grundlagen des Abwägungsverbots – Das Leben als Höchstwert .....	63
I. Der Wert eines Menschenlebens .....	64
II. Religiöser Einfluss .....	67
III. Intuition und Plausibilität .....	70
IV. Verfassungsrechtliche Stütze der Höchstwerttheorie .....	72
1. Grundrechtliche Genealogie eines unbedingten Lebensschutzes .....	72
2. Inkonsistenz durch Bedingungen .....	74
E. Das Urteil des BVerfG zum LuftSiG – Konsequenz für das Strafrecht .....	77
I. Anzuwendender Maßstab .....	77
II. Abschuss des Flugzeugs unter Geltung der Menschenwürde .....	78
III. Rechtsgebietsübergreifender Gehalt der Entscheidung .....	79
F. Strafrechtliche Reformulierung des <i>Menschenwürdearguments</i> .....	80
I. Einordnung auf Ebene der Rechtfertigung .....	81
II. Charakteristikum der Rechtmäßigkeitsprüfung – Gebot einer einheitlichen Betrachtungsweise .....	82
III. Notwehr gem. § 32 StGB .....	85
1. Keine Abwägung bei § 32 StGB .....	86
2. Einfallstor für die Menschenwürde .....	87
IV. Rechtfertigender Notstand gem. § 34 StGB .....	88
1. Das Wesen des rechtfertigenden Notstands – Ein ethisches Prinzip? .....	88
2. Die Interessenabwägung als Zentrum des rechtfertigenden Notstands .....	89
a) Abwägungsmaterial .....	90
b) Abwägungsmaßstab .....	92
c) Abwägungsprozess .....	93
aa) Abstrakte Güterabwägung .....	93
(1) Das Rangverhältnis betroffener Rechtsgüter .....	93
(2) Leben gegen Leben .....	94
bb) Konkrete Interessenabwägung .....	95
d) Zwischenergebnis: Die Menschenwürde als abstrakte Abwägungsschranke .....	96
3. Interessenabwägung und Rechtsordnung .....	96
a) Doppelnatur allgemeiner Rechtsprinzipien? .....	97
aa) Friedensfunktion des Rechts .....	97
bb) Autonomieprinzip .....	98
b) Die erzwungene Blutspende als weiterführendes Paradigma .....	100
c) Die Grenze der Aufopferung im rechtfertigenden Notstand .....	101
d) Zwischenergebnis: Die Menschenwürde als konkrete Abwägungsschranke .....	103
4. Das Menschenwürdeargument im rechtfertigenden Notstand .....	104
a) Instrumentalisierung und Freiheit des Einzelnen .....	105
b) Die menschliche Physis als Objekt .....	111

G. Bestandskraft des Menschenwürdearguments in der Extremsituation 9/11 .....	114
I. Fehlende Instrumentalisierung .....	115
II. Quantitative Abwägungen – Utilitarismus und Deontologie .....	117
1. Utilitaristisches Verständnis des § 34 StGB? .....	118
2. Deontologisches Verständnis der Menschenwürde .....	121
III. Qualitative Abwägungen .....	122
1. Der Einwand der Todgeweihtheit .....	122
2. Der Einwand des glücklichen Zufalls .....	124
3. Der Einwand der mutmaßlichen Einwilligung .....	126
4. Qualitative Abwägungen im Rahmen aktueller Konfliktlagen .....	127
IV. Defensivnotstand .....	130
1. Der Mensch als Gefahr .....	131
2. Durchbrechung der Gefährzuständigkeit .....	133
H. Ergebnis der Analyse der Extremsituation der Rettungstötung .....	134

## Kapitel 2

<b>Die Aussageerzwingung zur Lebensbewahrung – Rettungsfolter</b> .....	136
A. Hinführung und Konfliktpotential – Eine neue Folterdebatte .....	136
B. Dimensionen des Szenarios .....	138
I. Ein Entführungsfall als Ausgangspunkt: „Fall Daschner“ .....	138
II. Weiterer Verfahrensgang – Kammerbeschlüsse des BVerfG .....	140
III. Grenzfälle terroristischer Bedrohung – Das <i>ticking time bomb scenario</i> .....	141
C. Grundlagen des Folterverbots .....	143
I. Begriffsbestimmung .....	143
1. Unklares Bild in der deutschen Rechtsprechung .....	143
2. Völkerrechtliche Vorgaben .....	144
3. Kernelemente einer Folterdefinition .....	147
a) Intensität .....	147
b) Finalität .....	148
c) Öffentliche Dimension .....	149
4. (Androhung der) Rettungsfolter als Sonderfall .....	150
II. Staatliche Folter als Verstoß gegen die Menschenwürde .....	152
1. Subjektive Kernzonen und Ensembletheorie .....	153
a) Bestimmung der Menschenwürde über subjektive Positionen .....	153
b) Schwachstelle der Bestimmung .....	155
2. Objektives Rechtsprinzip .....	156
3. Kein Verstoß bei strafrechtlicher Rechtfertigung? .....	159
III. (Strafprozessuale) Korrelationen des Folterverbots .....	160
1. Das Misshandlungsverbot des Art. 104 Abs. 1 S. 2 GG .....	160

2. Die verbotenen Vernehmungsmethoden des § 136a StPO .....	162
3. Der Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit (nemo tenetur) .....	164
D. Die Strafbarkeit der staatlichen Rettungsfolter – Reformulierung des Menschenwürdearguments .....	165
I. Tatbestand .....	165
II. Rechtfertigung .....	168
1. Anwendbarkeit der Rechtfertigungsgründe auf staatliches Handeln .....	168
a) Gleichlauf der Rechtsgebiete .....	169
b) Differenzierte Beurteilung der Rechtmäßigkeit .....	169
c) Keine strafrechtliche Eingriffsbefugnis für polizeiliches Handeln .....	170
2. Nothilfe gem. § 32 StGB .....	172
a) Grundgedanken von Notwehr und Nothilfe .....	173
aa) Eckpfeiler des Notwehrrechts .....	173
bb) Dualistische Konzeption des Notwehrrechts .....	173
cc) Spezifika der Nothilfe als Fremdverteidigung .....	175
b) Rettungsfolter im Licht der Voraussetzungen der Nothilfe .....	178
aa) Gegenwärtigkeit des Angriffs .....	179
bb) Geeignetheit von Folter als Nothilfehandlung .....	180
cc) Erforderlichkeit .....	182
c) Gebotenheit als Einfallstor für die Menschenwürde(n) .....	183
aa) Gebotenheit als gesetzliche Verankerung der sozialethischen Einschränkungen .....	184
bb) Das Rechtsbewährungsprinzip als materialer Leitgedanke der sozialethischen Einschränkungen .....	186
cc) Rechtsbewährung und Menschenwürde – Eine neue Fallgruppe sozialethischer Einschränkung .....	188
dd) Einschränkung der <i>Einschränkung</i> – Die Würdekollision .....	192
(1) Aktivierung der Opferwürde .....	192
(2) Verfassungsrechtliche Auflösung der Kollision von Achtungs- und Schutzpflicht .....	197
(3) Übertragung des verfassungsrechtlichen Vorrangs auf die Nothilfe des Amtsträgers .....	202
3. Notstand gem. § 34 StGB .....	205
III. (Übergesetzliche) Entschuldigung .....	207
E. Die Strafbarkeit privater Folterhandlungen .....	210
I. Ein privates Folterszenario .....	210
II. Drittwirkung der Menschenwürde .....	212
III. Kollision von Schutz- und Achtungspflicht .....	215
F. Ergebnis der Analyse der Extremsituation der Rettungsfolter .....	217

## Kapitel 3

<b>Die lebenslange Freiheitsstrafe – Strafe im Angesicht der Menschenwürde</b>	219
A. Hinführung und Konfliktpotential	219
B. Die Abschaffung der Todesstrafe als Extremsanktion – Einordnung des Menschenwürdearguments	220
I. Interpretationsoffenheit	220
II. Art. 102 GG als Konkretisierung von Leben und Würde	222
III. Revisibilität – Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 79 Abs. 3 GG	224
IV. Zwischenergebnis: Grenzverschiebung	225
C. Das Urteil des BVerfG zur lebenslangen Freiheitsstrafe als Ausgangspunkt	226
I. Verfahrensgang und Angriffspunkte	226
1. Psychische Vernichtung	227
2. Absolutheit der Strafandrohung	227
II. Zentrale Aussagen des Urteils in Zusammenhang mit der Menschenwürde	228
1. Keine Feststellung irreparabler psychischer Schäden	229
2. Keine Verfassungswidrigkeit der absoluten Strafandrohung	231
III. Interpretation und Weichenstellung durch das Urteil – Neuralgische Punkte	233
IV. Bedeutung für die Zukunft – Öffnung für einen Wandel der Prämissen	236
D. Absolutheit der Strafandrohung	238
I. Das Schuldprinzip als Maßstab	238
1. Strafe und Schuld	238
2. Das Schuldprinzip und seine Ausprägungen im Strafrecht	243
a) Keine Strafe ohne Schuld (Strafbegründungsschuld)	243
b) Keine Strafe über die Schuld hinaus – Der Grundsatz schuldangemessenen Strafs (Strafzumessungsschuld)	244
3. Schuld und Menschenwürde – Die verfassungsrechtliche Begründung des Schuldprinzips	245
II. Absolutheits-Exklusivitäts-Mechanismus: Die Mindestverbüßungsdauer gem. § 57a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB	248
1. Die Bedeutung der Mindestverbüßungsdauer	249
2. Gehalte des Gebots schuldangemessenen Strafs	250
a) Abstraktes Gebot	251
b) Konkretes Gebot	252
c) Die absolute Mindeststrafe – Einordnung als abstraktes oder konkretes Problem	253
3. Das abstrakte Gebot schuldangemessenen Strafs im Hinblick auf die absolut-exklusive Mindestverbüßungsdauer gem. § 211 i. V.m. § 57a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB	254
a) Das Wesen der Mordmerkmale des § 211 Abs. 2 StGB	254
b) Tauglichkeit der Mordmerkmale für eine Unrechtssteigerung	257
aa) Besondere Gefährlichkeit	257



bb) Besondere Verwerflichkeit .....	260
c) Der Absolutheits-Exklusivitäts-Automatismus: Probleme und Lösungsan-	
sätze .....	261
aa) Korrekturmöglichkeiten .....	261
(1) Typenkorrektur .....	261
(2) Restriktive Auslegung der Tatbestandsmerkmale .....	263
(3) Rechtsfolgenlösung für die Heimtücke .....	263
(4) Übertragung auf andere Mordmerkmale .....	266
bb) Verstoß gegen den Schuldgrundsatz? – Das Problem mangelnder gra-	
dueller Differenzierung .....	268
(1) Gesetzgeberisches Misstrauen und richterliche Interpretation ...	268
(2) Die starre Norm und ihre Unfähigkeit flexibler Schuldzuschrei-	
bung .....	270
cc) Verstoß gegen die Menschenwürde .....	273
(1) Verstoß gegen das Gebot schuldangemessenen Strafens .....	274
(2) Verstoß gegen das Schuldnerfordernis als Minimalvoraussetzung	276
III. Zwischenergebnis .....	277
E. Lange Haftdauer und Unbestimmtheit – Lebenslange Freiheitsstrafe als Vernich-	
tungsstrafe .....	278
I. Der Verbrecher als Menschenwürdeträger .....	279
II. Flexibilisierung des Gewährleistungsgehalts für die Extremsanktion .....	281
III. Neue Einsichten zu Haftschäden .....	284
1. Allgemeine Haftdeprivationen .....	284
2. Spezifische Belastungen für Langzeithaftierte .....	286
3. Besonderheit für lebenslänglich Inhaftierte – Unbestimmtheit .....	288
a) Die besondere Schwere der Schuld gem. § 57a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB ...	288
b) Die Gefährlichkeitsprognose gem. § 57a Abs. 1 S. 1 Nr. 3 i. V.m. § 57	
Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB .....	290
4. Psychische Auswirkungen der lebenslangen Haft .....	291
a) Internationale Erkenntnisse .....	291
b) Studien in Deutschland .....	292
c) Suizidrate nach aktuellen Erhebungen .....	295
5. Relativierung der empirischen Befunde: Non-liquet Situation .....	297
IV. Rückschlüsse auf die Wirkweise der Menschenwürde für die Extremsanktion	300
F. Ergebnis der Analyse der Extremsanktionen .....	302

## Teil 3

**Synthese der Grenzbereiche des Rechts –****Funktionen der Menschenwürde im Strafrecht**

	304
A. Funktion der Menschenwürde bei der Begründung von Strafe .....	304
I. Menschenwürde und Eigenverantwortlichkeit .....	304
II. Die Würde als Konstruktions- und Interpretationsprinzip .....	309
III. Zwischenergebnis: Der Würdeträger als Subjekt strafrechtlicher Verantwortung	310
B. Funktion der Menschenwürde im dreistufigen Deliktsaufbau .....	310
I. Tatbestand .....	311
II. Rechtfertigung .....	313
1. Die Menschenwürde als normatives Tabu im Sinne einer Abwägungsschranke	314
a) Der subjektive Gewährleistungsgehalt des Art. 1 Abs. 1 GG – Grund-	
rechtskern .....	315
b) Geltung für alle strafbewehrten Grundrechtseingriffe? .....	318
c) Die Würde des Unschuldigen – ein notstandsrechtliches Tabu .....	320
2. Die Menschenwürde als normatives Tabu im Sinne eines kategorialen Hand-	
lungsverbots .....	323
a) Der objektive Gewährleistungsgehalt des Art. 1 Abs. 1 GG – Ein materia-	
ler Gehalt des Rechtsstaats .....	323
b) Kategoriales Handlungsverbot im Strafrecht .....	325
c) Würdeverlust des Angreifers .....	327
aa) Abwägungstendenzen für den Entführungsfall .....	328
bb) Abwägungstendenzen für das <i>ticking time bomb scenario</i> .....	330
cc) Verwirkung des Würdeanspruchs .....	331
dd) Die Lösung über ein „Feindstrafrecht“ .....	334
ee) Die Würde des Feindes im Rechtsstaat .....	336
III. Entschuldigung .....	338
IV. Zwischenergebnis .....	341
C. Funktion der Menschenwürde bei der Begrenzung von Strafe .....	342
I. Grundsatz des Verbots grausamer Strafen .....	343
II. Menschenwürdige Strafen – Menschenwürde und Resozialisierung .....	345
1. Differenzierung von Verhängung und Vollzug .....	345
2. Kern des Resozialisierungsgebots .....	345
III. Menschenwürdiger Vollzug – Menschenwürde und Personalität .....	347
1. Resozialisierung als Verstoß gegen die Menschenwürde? .....	347
2. Kernbereich körperlicher Integrität .....	348
3. Wahrung der personalen Identität und Integrität .....	350
IV. Zwischenergebnis: Zweierlei Tabu .....	352
D. Ausblick: Punitivität und Humanisierung des Sanktionensystems .....	353

*Teil 4*

<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	356
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	362
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	394

## Abkürzungsverzeichnis

9/11	Bezeichnung für den Fall eines gekaperten Flugzeugs in Erinnerung an die Geschehnisse des 11. September 2001
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AE	Alternativ-Entwurf
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
Alt.	Alternative(n)
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz)
Az.	Aktenzeichen
AZP	Allgemeine Zeitschrift für Philosophie
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizei-aufgabengesetz)
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BewHi	Bewährungshilfe
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWPolG	Polizeigesetz des Landes Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
DAV	Deutscher Anwaltverein
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
d. h.	das heißt
DJT	Deutscher Juristentag
DOI	Digital Object Identifier
DÖV	Die öffentliche Verwaltung

DZPhil	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
E	Entwurf
ebd.	ebenda
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
et al.	et alii/et aliae
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
f./ff.	folgende
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HFR	Humboldt Forum Recht
HGR	Handbuch der Grundrechte
HRRS	Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber(in)
insbes.	insbesondere
i. S. d.	im Sinne des/der
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JM	Juris – Die Monatszeitschrift
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung mit GVG, EGGVG und EMRK
KrimJ	Kriminologisches Journal
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
KritV	Kritische Vierteljahresschrift
LG	Landgericht
LK-StGB	Leipziger Kommentar, Strafgesetzbuch
LuftSiG	Luftsicherheitsgesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
MüKo-StPO	Münchener Kommentar zur Strafprozessordnung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Neue Kriminalpolitik
NK-StGB	Nomos Kommentar, Strafgesetzbuch
No.	Numero
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialistische(r)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungsreport
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen
OLG	Oberlandesgericht
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
pp.	pages
Rn.	Randnummer(n)
Rspr.	Rechtsprechung
RuP	Recht und Politik
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite/Satz
SchwZStR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
SK-StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
SK-StPO	Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung
sog.	sogenannte(r/s)
SSW-StGB	Satzger/Schluckebier/Widmaier, Strafgesetzbuch, Kommentar
SSW-StPO	Satzger/Schluckebier/Widmaier, Strafprozessordnung mit GVG und EMRK, Kommentar
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StV	Strafverteidiger
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz)
TPG	Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz)
u. a.	und andere
UN	United Nations
usw.	und so weiter
v.	von/vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vor	Vorbemerkung
z. B.	zum Beispiel
ZfSrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht

ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

## Teil 1

# Problemexposition

## A. Die Menschenwürde als Rechtsbegriff

Es beginnt mit einem Paukenschlag.<sup>1</sup> Die Vorschrift des Art. 1 Abs. 1 GG statuiert an der Spitze der deutschen Verfassung, nicht als Präambel, sondern als Teil des Normtextes selbst, einleitend, umfassend und unumstößlich:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde bildet keinen bloßen Programmsatz oder ein ethisches Bekenntnis ab, sie ist auch keine feierliche Bekundung oder Motivationserklärung.<sup>2</sup> Auch wenn der Formulierung der Duktus und das Pathospotential einer Präambel anhaftet,<sup>3</sup> ist Art. 1 Abs. 1 GG eine unmittelbar verbindliche Norm des objektiven Verfassungsrechts.<sup>4</sup> Die Transformation einer vorstaatlichen Forderung ins positive Recht stellt jedoch die Rechtsanwendung im Umgang mit der Menschenwürde als Rechtsbegriff seit jeher vor erhebliche Schwierigkeiten. Denn auf die verlockende Simplizität der sprachlichen Fassung folgt eine nicht ansatzweise korrespondierende inhaltliche Komplexität der Begrifflichkeiten.<sup>5</sup> Angedeutet wurde diese schon seit den Anfängen des Grundgesetzes, etwa durch Theodor Heuss, der das Bild der Menschenwürde als „nicht interpretierte These“ ins Leben gerufen hat.<sup>6</sup>

Schon die Entstehungsgeschichte zeigt damit ein Bewusstsein hinsichtlich der Schwierigkeit einer Konkretisierung. Mehr noch: Ein gemeinsames Verständnis

---

<sup>1</sup> *Hufen*, JuS 2010, 1: „Wie ein Trompetenstoß“; *Isensee*, AöR (131) 2006, 173: „lapidar, feierlich, geheimnisvoll“; *Prantl*, S. 23: „kurz wie eine SMS“.

<sup>2</sup> *Dreier*, in: ders., Art. 1 Abs. 1, Rn. 44.

<sup>3</sup> *Enders*, Menschenwürde, S. 416; zahlreiche Verfassungen legen das Bekenntnis zur Menschenwürde sodann auch in der Präambel ab, siehe dazu *Dreier*, in: ders., Art. 1 Abs. 1, Rn. 36; *Baer*, DZPhil 53 (2005), 571 (588), Fn. 100.

<sup>4</sup> *Dürig*, in: Maunz/Dürig (Erstbearbeitung 1958), Art. 1, Rn. 4; *Isensee*, in: HGR IV, § 87, Rn. 22.

<sup>5</sup> *Britz*, in: FS Wendt, S. 1107 f.; *Nettesheim*, AöR 130 (2005), 71 (80): „einmalige Erscheinung in der deutschen Grundrechtsdogmatik, daß das Schutzgut einer Staatsfundamentalnorm bzw. Grundrechtsnorm im Unbestimmten bleibt“.

<sup>6</sup> So damals der Ausspruch von *Heuss* im Parlamentarischen Rat, siehe Leibholz/v. Mangoldt (Hrsg.), JöR 1 (1951), S. 49; siehe auch *Baldus*, S. 19.



davon, was unter der Menschenwürde zu verstehen sei, lag bei den Schöpfern des Grundgesetzes erkennbar nicht vor.<sup>7</sup> Einigkeit bestand lediglich darin, dass die Verfassung als Antithese des nationalsozialistischen Totalitarismus gelten solle, an deren Spitze Art. 1 Abs. 1 GG das neue Staatsverständnis entscheidend prägt. Auch heute noch ist der besondere Schutz der Würde des Menschen als Absage an die nationalsozialistische Terrorherrschaft zu sehen.<sup>8</sup> Es kann aber nicht ausreichen, ein zeitgemäßes Verständnis ausschließlich auf derartige retrospektive Gegenentwürfe der Verfassung zu stützen. Ebenso wenig zielführend ist ein Abstandnehmen von Eingrenzungsversuchen des Rechtsbegriffs aufgrund der genannten Schwierigkeiten. Denn wenn von der Prämisse der Nicht-Interpretierbarkeit ausgegangen wird, kann dies für die Menschenwürde auch bedeuten, dass sie keiner weiteren Definition bedarf. Eine Ermittlung mit juristischen Methoden würde ausscheiden und Evidenz würde eine rechtswissenschaftliche Konkretisierung ersetzen. Von einem solchen Definitionsverbot kam die Rechtswissenschaft in der Folgezeit auch deshalb ab, weil es eine Verengung auf den historischen Kontext und die Gegebenheiten der frühen Nachkriegszeit bedeuten würde.<sup>9</sup>

Die Kritik am Rechtsbegriff der Menschenwürde fußt vor allem darauf, dass die Unklarheit ihrer Bedeutung strukturell bedingt ist.<sup>10</sup> Schon die Eigenschaften der Begrifflichkeit der Menschenwürde sind vage, unklar und mehrdeutig;<sup>11</sup> sie in Rechtsformen zu transportieren bedeutet kaum überbrückbare Hürden. Die Offenheit und Flexibilität des Begriffs macht es Skeptikern leicht, einen Rechtsbegriff der Menschenwürde als leere Worthülse zu diffamieren. Die Semantik des Begriffs kann die Würde als Leerformel erscheinen lassen, die die normative Kraft nicht aufbringen kann, als Richtschnur zur Abgrenzung konfligierender Interessen zu dienen.<sup>12</sup> Dieser Vorwurf begleitet die Würde bis heute, da es für viele nicht gelungen zu sein scheint, das Unbestimmbare präzise und klar zu bestimmen.<sup>13</sup> Aus dieser Unklarheit resultiert sodann die Mahnung, Art. 1 Abs. 1 GG sei ein Einfallstor für Partikularethiken oder politische Anschauungen und verschwimme im Diskurs konkurrierender moral-

---

<sup>7</sup> Tiedemann, Rechtsbegriff, S. 68.

<sup>8</sup> Merkel/Augsberg, JZ 2020, 704 (705).

<sup>9</sup> Voreilige Parallelen und unreflektierte Bezugnahme auf den Nationalsozialismus als „wohlfeile Totschlagargumente“, so Hufen, JZ 2004, 313; kritisch zu einer derartigen Beschränkung auch Hofmann, AöR 118 (1993), 353 (356 f.).

<sup>10</sup> Tiedemann, Rechtsbegriff, S. 104.

<sup>11</sup> Stübinger, Notwehr-Folter und Notstands-Tötung, S. 206 ff.

<sup>12</sup> Denninger, Staatsrecht, S. 25 f.; Häberle, in: Handbuch des Staatsrechts II, § 22, Rn. 46: trotz der Rechtsprechungstradition des BVerfG sei keine „handliche“ Formulierung für den Inhalt der Menschenwürde erkennbar. Dies werfe die Frage nach einer Kulturabhängigkeit der Menschenwürdevorstellungen auf; zum Vorwurf der „Leerformel“ (aus philosophischer Sicht) auch Fenner, AZP 32 (2007), 137 (140 f.).

<sup>13</sup> Goos, S. 21.

philosophischer Interpretationen.<sup>14</sup> Den verhältnismäßig jungen Rechtsbegriff der Menschenwürde mit einer über zweitausendjährigen philosophischen Würde-Tradition in Einklang zu bringen, gestaltet sich als äußerst schwieriges Unterfangen.<sup>15</sup>

Zugleich jedoch haben die mannigfaltige Auseinandersetzung und der rechtliche Einsatz der Menschenwürde in über 70 Jahren Grundgesetz gezeigt, dass deren Status als fortwährendes „Definitionsprojekt“<sup>16</sup> anerkannt wurde. Die Vagheit der Begrifflichkeiten und die Unbestimmtheit kann sich der Rechtsanwender eingestehen und sich damit abfinden, dass es sich bei der Menschenwürde zumindest um keinen *reinen* Rechtsbegriff handeln kann.<sup>17</sup> Würde ist ein Begriff, der das Recht notwendigerweise auf philosophische Analysen verweist, nachdem die Rechtsordnung die Menschenwürde als zentrale Figur des Vernunftdenkens und somit der neuzeitlichen Moral- und Rechtsphilosophie zum Konzept des positiven Rechts gemacht hat.<sup>18</sup> Die Interpretation des Art. 1 Abs. 1 GG bezieht sich auf die Ideengeschichte der Menschenwürde und ist damit vielfach von außerjuristischen Bezügen abhängig. Vorsicht ist dennoch geboten: Jede philosophische, theologische und weltanschauliche Aussage, die Einfluss auf das Menschenwürdeverständnis nimmt, muss daraufhin untersucht werden, ob einseitige Anschauungen Eingang in eine neutrale Verfassung finden.<sup>19</sup>

Ein gesellschaftlicher Konsens eines Rechtsbegriffs der Menschenwürde scheint angesichts der divergierenden Standpunkte einerseits schwer zu finden. Andererseits wäre ein solcher aufgrund der vielfältigen Moralvorstellungen auf der Suche nach einem Konzept der Menschenwürde auch kein zuverlässiger Kompass. Ein Rechtssystem muss gegen die unbeständigen Gezeiten moralischer Kommunikation erhaben sein und differenzierende Kriterien entwickeln, welche im Sturm von Pluralität und mangelnder Konsensfähigkeit von Moralprogrammen Bestand haben.<sup>20</sup> Durch Rechtsprechung und Rechtswissenschaft ist seit Festsetzung des Würdegrundsatzes ein ausdifferenziertes Verständnis von Würde entstanden. Passend erscheint das Bild einer Verankerung und rhizoiden Vernetzung in der Tiefenstruktur des Rechts.<sup>21</sup> Es ist Aufgabe der Rechtsdogmatik, diesen Wurzeln einen sinnvollen Anknüpfungspunkt zu bieten.<sup>22</sup>

<sup>14</sup> Dreier, in: ders., Art. 1 Abs. 1, Rn. 51, insgesamt sehr kritischer aktueller Befund sowohl hinsichtlich einer Trivialisierung als auch einer Überhöhung der Menschenwürde, Rn. 47 ff., 167 f.

<sup>15</sup> Blömacher, S. 20 f.

<sup>16</sup> Frankenberg, S. 279.

<sup>17</sup> Tiedemann, Rechtsbegriff, S. 106.

<sup>18</sup> Gutmann, S. 309.

<sup>19</sup> Hufen, Grundrechte, § 10, Rn. 1.

<sup>20</sup> Luhmann, Gesellschaft, S. 78 f.

<sup>21</sup> So Gutmann, S. 309 (310).

<sup>22</sup> Quecke, S. 23: Dogmatik als „konstruierte Zwischenschicht [...], die die verzweigten positiven Rechtsnormen unwickelt und operationalisierend sowie kohärenzsichernd auf ihre Anwendung einwirkt“.